

BETRUG

Außer Spesen nichts gewesen

Wer seinen Gebrauchtwagen per Internet verkaufen will, sollte vorsichtig sein. Betrüger überlisten die Verkäufer mit fingierten Schecks.

Eine Hausfrau aus dem Bezirk Krems bot ihren Pkw (Baujahr 1995) via Internet zum Verkauf an und wollte dafür 2.000 Euro haben. Ein Interessent aus England meldete sich per E-Mail. Er sei Autohändler, der Autos für den westafrikanischen Staat Benin kaufen wolle. Mit dem Preis von 2.000 Euro war der angebliche Käufer einverstanden.

Die Niederösterreicherin bekam einen Scheck über 7.000 britische Pfund (10.297 Euro) zugeschickt. Der Käufer meldete sich und sagte, er habe irrtümlich eine zu hohe Summe überwiesen, sie möge ihm die Differenz zum Kaufpreis per Western Union zurück schicken. Die Frau löste den Scheck ein, ohne die Freigabe des Betrages abzuwarten und überwies rund 8.300 Euro an die angegebene Adresse in London. Das Geld war weg. Vom angeblichen Käufer keine Spur mehr. Das Bundeskriminalamt (BK) Wien warnt vor dieser Art von Betrug. Dutzende Kfz-Anbieter sind bereits auf die europaweit agierenden Täter hereingefallen. In Bayern gibt es bereits Sammelstrafverfahren bei Gerichten.

"Die Zentrale der Tätergruppe liegt offenbar in London. Es hat aber auch einige Fälle gegeben, die in die Niederlande geführt haben", sagt Oberinspektor Christian Matzka vom Bundeskriminalamt. "Seit einem halben bis dreiviertel Jahr tröpfeln solche Fälle bei uns herein, in jüngster Zeit häuft sich das." Die vermutlich aus Nigeria stammenden Täter hätten so gut wie keine Unkosten, außer Briefmarken, Kuverts und Schecks. Die Gebühr für die Überprüfung der Schecks (meist von Banken in Irland) durch die heimische Bank zahlt der "Autoverkäufer".

Das Bundeskriminalamt rät abzuwarten und dem "Käufer" vorzuschlagen, den zu viel bezahlten Betrag bei der Abholung des Wagens persönlich mitzunehmen. In einigen Fällen rechtfertigten die angeblichen Käufer die zu hohe Summe damit, dass sie die Kosten für die Reederei zum Beispiel 5.000 Euro gleich mitüberwiesen hätten. Was bei einem Kaufpreis des Autos von etwa 2.000 Euro absurd ist. "Die Leute, die sich auf diese Geschäfte einlassen, fragen nicht, wie der billige Gebrauchtwagen nach England und weiter nach Übersee transportiert werden soll", erläutert BK-Ermittler Christian Matzka.

Der Kriminalbeamte rät zu Misstrauen bei Internet-Geschäften (An- und Verkauf von Elektronikgeräten, Armbanduhren und anderen Sachen) insbesondere mit Personen aus Großbritannien, Rumänien, Spanien und Italien. Vor allem dann, wenn die Geldüberweisung über einen so genannten Treuhandservice (Escrow-Service) oder einen Money-Transfer-Dienst abgewickelt werden soll.

Siegbert Lattacher